

ERZIEHERINNEN

Das Warten geht weiter



Die Studie des Kulturministeriums zur Situation im sozio-educativen Sektor ist ein Flop. Neuigkeiten bringt sie keine.

Als möglicherweise "historisches Datum" hatte das Lëtzebuerger Land im Februar vergangenen Jahres den Auftakt der bis dato einmaligen Erhebung zum sozio-educativen Sektor bezeichnet. Die Studie, die das Hochschulministerium bei "Etudes et formation" in Auftrag gegeben hatte, sollte die Umwandlung des "Instituts d'études éducatives et sociales" (IEES) in eine Hochschuleinrichtung und eine Reform der Ausbildung zum "Educateur/Educatrice gradué-e" vorbereiten. Man wolle herausfinden, "wie es um die Tätigkeit des Berufes steht, wie viele Educateurs und Educateurs gradués hierzulande in welchen Arbeitsbereichen ihren Beruf ausüben und ob die angebotene Ausbildung beim IEES den Anforderungen der Praxis entspricht", hatte Germain Dondelinger vom zuständigen Ministerium vor einem Jahr auf einer Diskussionsveranstaltung vollmundig angekündigt. Endlich eine tiefgründige Gesamtanalyse also? Pustekuchen!

Die 370 Seiten starke Studie, die Hochschulministerin Erna Hennicot-Schoepges am vergangenen Mittwoch der Presse vorstellte, weist verschiedene Mängel auf. Zum Beispiel erfährt man gar nicht, wie viele Educateurs/Educatrices in Luxemburg insgesamt arbeiten. Die Untersuchung bezieht sich lediglich auf Antworten von 315 Führungskräften und 132 ErzieherInnen in sozial-educativen Einrichtungen - zu wenig, um verallgemeinerbare Aussagen über diesen Berufszweig treffen zu können.

Es gebe keine verlässlichen Informationen über die Gesamtzahl der in diesem Sektor Beschäftigten, begründet Marc Ant von der Consulting-Firma "Etudes et formation" diese Lücken.

Ein Manko, das sich auch auf die Ermittlung des Personalbedarfs im sozio-educativen Sektor niederschlägt: Für so genannte "Zeitreihen", eine statistische Methode, bei der Personalentwicklungen vergangener Jahre in die Zukunft fortgerechnet werden, sind Beschäftigtenzahlen vonnöten. Die wurden in

dem seit Anfang der 70er Jahre bestehenden Sektor aber noch nie erhoben. Die vorliegende Studie beschränkt sich lieber auf eine Auswertung von Stellenanzeigen des Luxemburger Worts. Eine grobe Annäherung, die wenig über den jetzigen, ganz sicher aber nichts über den Bedarf der kommenden Jahre aussagt. Diesen zu kennen, wäre aber für eine Reform des Sektors und eine bedarfsgerechte Planung von Aus- und Fortbildungen dringend notwendig, meint Viviane Loschetter von Déi Gréng.

"Ich vermisse konkrete Berufsprofile oder zumindest konkretere Aussagen über die Inhalte, die eine universitäre Ausbildung braucht", kritisiert Viviane Loschetter, die auch als Educatrice graduée an der Erhebung teilgenommen hat, die Ausrichtung der Untersuchung. Statt im Vorfeld Kompetenzen, Tätigkeitsfelder und Berufsanfordernisse "klar zu definieren", hätten sich die AutorInnen mit "Wisch-Waschi"-Empfehlungen begnügt. Diese gingen kaum in die Tiefe, was Sätze wie "Il est important d'élaborer des référentiels de compétences à partir de situations professionnelles réelles afin d'élaborer des cursus de formation professionnelle initiale et continue en lien avec les besoins du terrain" oder nicht näher definierte Begriffe wie der "socle commun de compétences" oder "des formations spécifiques de spécialisation" belegen.

Im Sektor nichts Neues

"Die Studie bringt nicht viel Neues", sagt denn auch der verantwortliche Sekretär für den Bereich "Educateurs/Educatrices" vom OGB-L, Raoul Schaaf, gegenüber der wox. Die Gewerkschaft befürwortet die vom Hochschulministerium angestrebte Integration der Ausbildung zum Educateur gradué in die Hochschule, plädiert aber zugleich für eine andere Berufsbezeichnung. Die StudentInnen könnten zunächst gemeinsam mit angehenden LehrerInnen an der Universität studieren. An das für beide Berufe ausgerichtete Grundstudium könnte sich dann, so Schaaf, eine berufsspezifische Weiterbildung zum "Sozialpädagogen / zur Sozialpädagogin" anschließen. Vorteil des Begriffes: Er würde eine Angleichung auch an ausländische Diplome ermöglichen. ErzieherInnen ohne Hochschulausbildung, die so genannten "Educateurs/Educatrices diplômé-e-s", "könnten in bestehende Strukturen, wie zum Beispiel das technische Lyzeum, ausgebildet werden. Das würde auch deren Probleme lösen."

Ein Vorschlag, der in der "Association professionnelle des éducateurs/trices gradué-e-s" (APEG) ebenfalls Unterstützung findet.

"SozialpädagogInnen" erhalten in Deutschland eine univer-

sitäre Ausbildung und verdienen teilweise entsprechend besser. Die Ausbildung zur/zum "staatlichen ErzieherIn" hingegen dauert drei Jahre und wird an entsprechenden Fachschulen unterrichtet.

Nicht über den eigenen Tellerrand

Die Erhebung jedoch blendet auch diesen transregionalen Aspekt aus, obwohl eine beachtliche Zahl der Educateurs/Educatrices und Educateurs/Educatrices gradué-e-s aus Deutschland, Belgien oder Frankreich kommt und wohl auch in Zukunft kommen wird. Schließlich ist der sozio-educative Sektor seit einigen Jahren am Boomen. Mit der für das nächste Jahr auf nationaler Ebene vorgesehenen "Education précoce" ist vorerst auch kein Ende dieser Entwicklung abzusehen.

Die Studie hebt dafür etwas anderes besonders hervor: In der Praxis sei kaum zwischen jenen Tätigkeiten, die von Educateurs und jenen, die von den höher qualifizierten "Educateurs gradués" ausgeführt werden, zu unterscheiden. Dies gelte sogar bei Leitungsfunktionen. Ausbildung und berufliches Fortkommen scheinen sich also nicht zwangsläufig zu bedingen. Anders übersetzt: Selbst ein Bac+3 verspricht noch lange nicht ein entsprechendes Einkommen. Ein bemerkenswerter Trend, der vor allem bei den Gewerkschaften und den ErzieherInnen für erhebliche Kritik sorgt.

"Wenn Ausbildung bei der Beförderung oder Einstellung kaum eine Rolle spielt, dann können Arbeitgeber genauso gut auf die günstigeren Educateurs zurückgreifen", gibt Schaaf zu bedenken. Eine Entwicklung, die schon im Gange ist - darauf deuten die vielen Stellenanzeigen für nicht-graduierte Educateurs/Educatrices im konventionierten Sektor hin. Graduierte BerufsanfängerInnen haben immer öfter keine andere Möglichkeit, als die "deklassierten" und somit geringer bezahlten Stellen anzunehmen. Das kommt wiederum dem Staat zugute, der als Geldgeber vieler Einrichtungen und Vereine im sozio-educativen Bereich fungiert. Auf diesen kämen - im Falle einer konsequent durchgeführten, gerechten Bezahlung für alle - Ausgaben in Millionenhöhe zu.

Auch um diesem Prozess der Entwertung entgegen zu steuern, fordern Gewerkschaften und APEG eindeutige Berufsprofile und klare Ausbildungsregelungen sowie die Integration der Educateurs/trices gradué-e-s in die Hochschule. Sie könnte, das hofft jedenfalls Viviane Loschetter von Déi Gréng, helfen, die leidige Gehälterfrage zu klären.

Ines Kurschat

Procès "Findel": Réembarquement immédiat!

Mardi dernier la demande de récusation contre le juge Prosper Klein a été déclarée recevable par la première chambre du tribunal d'arrondissement de Luxembourg. Rappelons que lors de la première journée du procès "Findel", le juge avait lancé à un des avocats des accusé-e-s, poursuivis pour avoir franchi la clôture de l'aéroport lors d'une manif contre une expulsion: "Vous êtes mal embarqué." Cela, et le comportement du juge en général, avait amené les accusé-e-s à demander sa récusation, une procédure plutôt exceptionnelle.

Le parquet a proposé de ne retenir qu'un seul point de la demande de récusation: le fait que le juge ait constaté par avance que l'infraction serait donnée, rendant ainsi impossible de plaider la relaxe. La première chambre par contre a trouvé que tous les points soulevés, s'ils se trouvaient vérifiés, pris ensemble, pouvaient faire naître un doute sur l'impartialité du juge: le fait de ne pas vouloir prendre en compte la liberté d'expression, les remarques exprimant un mépris à l'égard de la manif et la bagatellisation des circonstances de l'expulsion. Conséquence: le juge ne pourra pas prononcer de jugement en attendant que le 23 janvier la récusation soit jugée sur le fond. Avec de bonnes chances pour que Prosper Klein soit désaisi de l'affaire.

Abgeordnete vor Gericht

Die parlamentarische Verfassungskommission beschäftigt sich zur Zeit mit dem Verfassungsartikel, der die Immunität der Abgeordneten regelt. Seit längerem schon liegt diesbezüglich ein Vorschlag des CSV-Abgeordneten Lucien Weiler auf dem Tisch. Gemeinsames Ziel der Abgeordneten ist es, die Immunität einzuschränken. Die Praxis hat nämlich gezeigt, dass das Prozedere, nach dem die "Chamber" auf Anfrage die Immunität per Votum aufhebt, für mehr Medienrummel sorgt, als den Betroffenen und dem Parlament lieb ist. Deshalb sollen die Fälle, in denen die Immunität spielen kann, auf bestimmte Stadien einer Gerichtsprozedur eingegrenzt werden. Der Vorschlag, das Immunitätssystem ganz abzuschaffen und die Abgeordneten auf gleichen Fuß mit dem gemeinen Volk zu setzen, wurde am Mittwoch nur kurz in Betracht gezogen. Dabei hätte diese Lösung wohl den Vorteil, dass sich das Parlament energischer für ein humaneres Vorgehen der zuständigen Instanzen bei Verhaftungen, Hausdurchsuchungen oder Gerichtsverhandlungen einsetzen würde.

FNCTTFEL: Neue Streikandrohung

Empört reagierte die FNCTTFEL-Verbandsleitung über die Vorwürfe der CFL-Direktion, die EisenbahnerInnen würden sich nicht an getroffene Vereinbarungen halten und hätten den Sozialdialog abgebrochen. Die Gewerkschaft betont demgegenüber, die CFL-Generaldirektion hätte ihrerseits die Gespräche über die Arbeitsbedingungen für das Lok- und Zugbegleitpersonal scheitern lassen: Um an einer Sondersitzung der Zentraldelegation am 27. Dezember teilnehmen zu können, habe der Landesverband seine Personalvertreter "extra aus den Weihnachtsferien" zurückbeordert, während die CFL-Direktoren im Urlaub verweilten.

Hintergrund für den verbalen Schlagabtausch via Pressemitteilungen: Die im Mai vergangenen Jahres getroffenen Abmachungen, die vor allem die Arbeitszeit und die Überstunden der chronisch überlasteten Lokführer sowie des Zugbegleitpersonals ab 10. Januar 2002 neu regeln sollten, wurden von den Arbeitgebern als nicht einlösbar aufgekündigt. Damals schon drohten die Gewerkschafter mit einem Streik, setzten diesen aber nach der Ratifizierung der flexiblen 40-Stunden-Woche wieder aus. Jetzt haben die FNCTTFEL-Lokführer ein neues Ultimatum beschlossen: Falls die CFL-Direktoren bis zum 4. Februar keine annehmbaren Dienstpläne vorgelegt haben, sollen einen Tag später "die Züge still stehen", so die Pressemitteilung.